

**Genocides: Forms, Causes and Consequences.
The Namibian War (1904-08) in historical perspective**

Haus der Kulturen der Welt
Berlin, 13. bis 15. Januar 2005

Der Ausbruch des Kolonialkriegs des Deutschen Reiches gegen die Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie Südwestafrika jährte sich 2004 zum hundertsten Mal. Aus diesem Grund fand in Berlin eine Konferenz zum Thema »Genocides: Forms, Causes and Consequences. The Namibian War (1904-08) in historical perspective« statt. Drei Tage lang diskutierten 130 WissenschaftlerInnen aus aller Welt, wie der Genozid an der indigenen Bevölkerung Namibias in eine Globalgeschichte des Völkermordes eingeordnet werden kann, und welche Konsequenzen sich daraus für eine Vergleichende Genozidforschung ergeben. Mit der im Rahmen der Tagung erfolgten Gründung des »European Network of Genocide Scholars« (ENOGS) erfolgte ein wichtiger Schritt in der weiteren Etablierung und Entwicklung dieser noch jungen Disziplin.

Das deutsche Kolonialreich hatte gerade 30 Jahre Bestand. Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg gingen die deutschen Besitzungen in Übersee verloren. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust haben dazu geführt, dass der Kolonialismus in Deutschland nur noch als eine kurze und unbedeutende, wenn auch exotische Episode der deutschen Geschichte wahrgenommen wird. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte blieb nicht zuletzt deshalb aus, weil Deutschland im Gegensatz zu ehemaligen Kolonialmächten wie Grossbritannien, Frankreich und Portugal nicht in den Strudel des Dekolonisationsprozesses hineingerissen wurde. Der Völkermord an den Herero und Nama sowie die überaus brutale Niederschlagung der sogenannten Maji-Maji-Bewegung in »Deutsch-Ostafrika« fanden keinen Eingang in die kollektive Erinnerung der Deutschen.

Historiker haben sich indes bereits ab den 1960er Jahren mit der deutschen Herrschaft und dem Kolonialkrieg in Südwestafrika auseinandergesetzt.[1] In den letzten Jahren sind überdies weitere bedeutende Arbeiten zur Herrschaftspraxis und -sicherung in »Deutsch-Südwestafrika« erschienen.[2] Auch die afrikanische Perspektive ist jüngst vermehrt betont worden, namentlich die Kriegsbewältigung der indigenen Bevölkerung Namibias und der Rekonstruktions-Prozess der Herero-Gesellschaft.[3]

Obwohl die deutsche Kolonialherrschaft in Übersee lediglich 30 Jahre dauerte, lebte die koloniale Idee in Deutschland auch nach dem Verlust der Kolonien fort und prägte Kultur und Wissenschaft (etwa die Medizin) nachhaltig. Es sind insbesondere Vertreter der Postcolonial Studies, welche die Bedeutung von kolonialen Phantasien für das deutsche Geistesleben herausgestrichen haben. Als überaus bedeutsam erwies sich die These Hannah Arendts von den Ursprüngen totalitärer Herrschaft im europäischen Kolonialismus. In der Historiographie zur deutschen Kolonialherrschaft nimmt die Frage nach den Kontinuitäten zur nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Vernichtungspolitik mittlerweile grossen Raum ein.[4] Aber auch auf die Kontinuitäten von der deutschen Herrschaftspraxis in »Deutsch-Südwestafrika« zur Rassentrennung in Südafrika wird mitunter verwiesen. Als Herrschaftsmodell sei die Apartheid ein Fabrikat deutscher Herkunft gewesen.[5]

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, die Gedenkfeiern anlässlich des hundertsten Jahrestags der Schlacht am Waterberg 2004 sowie eine Klage von Vertretern der Herero in

Washington D. C. gegen deutsche Unternehmen und die Bundesrepublik hatten dazu beigetragen, dass in Deutschland das Interesse am Völkermord an den Herero und Nama zugenommen hat. Die deutsche Regierung, welche sich bis anhin hartnäckig geweigert hatte, den Krieg gegen die Herero und Nama als Genozid zu bezeichnen, musste ihre Position nolens volens aufgeben. Am 14. August 2004 entschuldigte sich Bundesentwicklungsministerin Wiczorek-Zeul in Namibia für die Verbrechen der deutschen Kolonialisten und bekannte: »Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde – für den ein General von Trotha heutzutage vor Gericht gebracht und verurteilt würde.«[6] Eine Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Völkermordes in Namibia gibt es in Berlin jedoch noch nicht, woran Jürgen Zimmerer in seiner Rede zur Eröffnung der Tagung erinnerte.

Mit der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika hatte sich schon früh ein gewisser Raphael Lemkin (1900-1959) beschäftigt, der nach dem Zweiten Weltkrieg den Begriff des Genozids prägte. Zum Kolonialkrieg der Deutschen in Südwestafrika merkte er an: »After the rebellion and von Trotha's proclamation, the decimation of the Hereros by gunfire, hanging, starvation, forced labor and flogging was augmented by prostitution and the separation of families, with a consequent lowering of the birthrate.«[7] Dieser Sachverhalt entspricht genau den Kriterien seiner Genoziddefinition, die der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen zugrunde liegt. Die Genozidforschung beginnt denn auch mit Raphael Lemkin, der als Völkerrechtler an einer dreibändigen Darstellung zu Massenmorden vom Altertum bis zur Moderne arbeitete, die er aber nie veröffentlichen konnte.

Um die Verortung des Mordes an der indigenen Bevölkerung Namibias sowie Ergebnisse, Methoden und Perspektiven der Genozidforschung zu diskutieren, luden Jürgen Zimmerer (Historisches Institut/Universität Essen), Jan-Bart Gewald (African Studies Center/Universität Leiden) und Andreas Eckert (Historisches Seminar/Universität Hamburg) zur Tagung »Genocides: Forms, Causes and Consequences. The Namibian War (1904-08) in historical perspective« nach Berlin, die vom 13. bis zum 15. Januar 2005 stattfand.

Der Vergleich als Methode der Genozidforschung

Die Tagung eröffnete der in Stanford lehrende Historiker *Norman Naimark*, dessen 2001 erschienene Darstellung »Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe« - eben erst ins Deutsche übertragen - nicht zuletzt deshalb zu diskutieren gab, weil der Autor die Vertreibung von Deutschen aus Polen und der damaligen Tschechoslowakei während und nach dem Zweiten Weltkrieg in seine Untersuchung miteinbezogen hatte.[8] Naimarks Vortrag basierte auf einem Vergleich der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Vernichtungspolitik mit derjenigen der Sowjetunion. Diese Gegenüberstellung veranlasste Naimark zu einem Plädoyer für einen breiter gefassten Genozidbegriff. Gemäss der Definition, die der UN-Völkermordkonvention zugrunde liegt, können politische Gruppen streng genommen nicht als Opfer von Genozidhandlungen bezeichnet werden. Ohne diese Einschränkung hätte die Sowjetunion 1948 ihr Veto gegen die Konvention eingelegt, für die Raphael Lemkin unermüdlich geworben hatte. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie schwierig sich der Transfer eines juristischen Konzepts in die Sozialwissenschaften zuweilen gestaltet. Heutzutage stützen sich indes nur noch wenige Genozidforscher kritiklos auf die entsprechende Begriffsbestimmung der UN-Völkermordkonvention. Die von Naimark geforderte Ausweitung hat also schon längst stattgefunden. Ein Problem der Genozidforschung ist vielmehr, dass mittlerweile eine Vielzahl konkurrierender Definitionen und Begriffe verwendet wird.

Der von Naimark vorgenommene Vergleich von Nationalsozialismus und Stalinismus ist noch immer brisant und gilt vielerorts als provokativ. Dies hängt mit dem »Historikerstreit« zusammen, den Ernst Nolte auslöste, indem er den apologetisch motivierten Versuch unternahm, die Verbrechen der Nationalsozialisten als Reaktion auf die Gräueltaten Stalins darzustellen. Der historische Vergleich ist gleichwohl die bevorzugte Methode der Genozidforschung. In seinem Eingangsvortrag hat *Jürgen Zimmerer* deshalb darauf hingewiesen, wie problematisch sich Vergleiche von Völkermorden oder andern Massenmorden gestalten können.

Die Geschichte beziehungsweise das Schicksal einer Gruppe konstituiert oft deren Identität. Der Vergleich des eigenen Schicksal mit demjenigen einer andern Opfergruppe wird daher oft als Trivialisierung oder Relativierung des gruppeneigenen Leids empfunden. Und tatsächlich wird der historische Vergleich allzu oft instrumentalisiert, um ein Ereignis durch den Vergleich mit dem Holocaust auf- oder abzuwerten. Dabei wird mitunter vergessen, dass es bei einem Vergleich nicht um ein Gleichsetzen geht, sondern um das Feststellen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, und dass damit auch die Frage der Prävention verbunden ist. Jürgen Zimmerer brachte diese Erkenntnis in seinem Eingangsvotum auf den Punkt: »If there is no comparative examination, if there are no similarities, how should we be able to recognize genocidal situations before they develop into full scale mass murder? And how can we recognize historical singularities if we don't compare?«

Die Vorzüge und Schwierigkeiten der vergleichenden Methode haben in ihren Vorträgen auch *Henry R. Huttenbach* (New York) und *A. Dirk Moses* (Sydney) diskutiert. In »The Quest for Understanding Genocide: Beyond Knowing« legte Huttenbach, Gründer des *Journal of Genocide Research*, dar, wie die These von der Einzigartigkeit und der Universalität des Holocaust das Vergleichen von Völkermorden erschwert. Die Einzigartigkeitsthese verwarf der Referent jedoch als unwissenschaftlich und warf ihren Vertretern intellektuelle Beschränktheit vor. Zuweilen würden sich - so Huttenbach - unheilvolle Allianzen bilden. Befürworter der Einzigartigkeitsthese würden den Mord an den Armeniern mitunter als nahezu gleichwertigen Genozid anerkennen, um dieses Ereignis gemeinsam mit dem Holocaust von »profanen« Völkermorden abzugrenzen. Dies spiegelte sich beispielsweise in der nicht unüblichen Benennung des Mordes an den Armeniern als »erster Genozid des 20. Jahrhunderts« wider. Die Ermordung und Versklavung der indigenen Bevölkerung Namibias erscheint aus einer derartigen Perspektive hingegen nur als unbedeutendes, peripheres Kapitel der Geschichte. Weiter führte Huttenbach aus, dass ein Strukturvergleich von Völkermorden allein noch keine gewinnbringenden Erkenntnisse fördere. Entscheidend sei die Interpretation der Resultate. Für die meisten Fälle von Genozid sei eine unausgewogene Machtverteilung zwischen radikalen, von utopischen Bevölkerungsplänen besessenen Kräften und potentiellen Opfergruppen charakteristisch. Daher schloss Henry R. Huttenbach: »Utopianism can take many forms and is a constant danger if only once harnessed to political power it can encourage genocidal behaviour. Lacking a comprehensive grasp of the utopian dream will seriously limit ones understanding of the nature of genocide.«

Plädoyer für eine Kritische Genozidforschung

A. Dirk Moses unterzog die vergleichende Genozidforschung in seinem Beitrag »Historiography of Comparison: Comparative or Critical Genocide Studies?« einer scharfen Kritik, die im weiteren Verlauf der Tagung zu diskutieren gab. Die Genozidforschung sei seit den 1970er Jahren vorwiegend von Politikwissenschaftlern und Soziologen dominiert worden, die sich dem Phänomen Genozid meist über einen nomothetischen Ansatz angenähert hätten, indem sie den Gegenstand durch allgemeingültige, universale Gesetze beschreiben wollten. Obgleich Vertreter der vergleichenden Genozidforschung die These von der Einzigartigkeit des Holocaust ablehnen, würden sie die Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten als paradigmatischen Fall eines Völkermordes betrachten. Massentötungen würden dann als Genozid verstanden, wenn sie von Staaten ausgeführt worden seien, deren Führung sich von utopischen oder ideologischen Motiven habe leiten lassen. Die Ermordung oder Dezimierung ganzer Völker während der Kolonialzeit entsprächen diesem Idealtyp eines Genozids hingegen nicht vollständig und würden deshalb stiefmütterlich behandelt. Moses rief zu Recht in Erinnerung, dass Lemkin selbst sich intensiv mit Völkermorden aus der Kolonialzeit beschäftigt und in seine Genoziddefinition auch nicht zwangsläufig tödliche Praktiken wie beispielsweise die erzwungene Assimilation oder den systematischen Raub von Kindern einer Gruppe eingeschlossen hatte. Ferner kritisierte Moses, die Vertreter der klassischen (Moses nennt sie »liberalen«) Genozidforschung gingen davon aus, Völkermorde könnten sich nur in sogenannten »failed states« ereignen, nicht aber in der westlichen Welt. Würden sich die westlichen Ideale von freier Markt-

wirtschaft und Demokratie global durchsetzen, so skizzierte Moses die Vorstellung dieser Gruppe, sei auch die Gefahr vor weiteren Genoziden endgültig gebannt. Dabei würde - laut Moses - allerdings vergessen, dass die Existenz von ehemaligen Siedlerkolonien wie der Vereinigten Staaten und Australiens auf der Ermordung der indigenen Bevölkerungen und der sukzessiven Vernichtung ihrer Lebenswelt basiere. Nachdem A. Dirk Moses den Stand der vergleichenden Genozidforschung mit ihren methodischen und politischen Schwierigkeiten aufgezeigt hatte, ging er dazu über, in Anlehnung an die Frankfurter Schule eine »Kritische Genozidforschung« zu fordern. Eine solche dürfe in ihrer Untersuchung von Völkermorden nicht nur endogene Faktoren dysfunktionaler Staaten einbeziehen, sondern müsse vielmehr den Analyserahmen auf das Weltsystem ausweiten und verschiedene Genozide überdies beziehungsgeschichtlich miteinander zu verknüpfen versuchen.

Der Völkermord an den Herero und Nama in der Globalgeschichte des Genozids

Wie in der Einleitung dieses Berichts bereits angesprochen, bildete die Frage, wo der Mord an den Herero und Nama in einer Globalgeschichte des Genozid verortet werden soll und wie er mit andern Fällen von Völkermord, allen voran dem Holocaust, kausal verbunden werden kann, einen Schwerpunkt dieser Konferenz. *Eric D. Weitz* (Minneapolis) mass in seinem Vortrag »Genocide and Holocaust: Singularities and Continuities« dem strukturellen (»comparative analysis«) wie auch dem beziehungsgeschichtlichen (»transnational analysis«) Vergleich grosse Bedeutung für die Genozidforschung zu. Während sich ein Strukturvergleich von zwei Völkermorden anhand bestimmter Kriterien relativ einfach gestalten lässt, sei die kausale Verknüpfung derartiger Ereignisse hingegen sehr viel schwieriger. Was nun Kontinuitäten von der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Osteuropa betrifft, attestierte Weitz, dass Mentalität und Diskurse nationalsozialistischer Funktionäre zweifelsohne von der kolonialen Erfahrung geprägt gewesen seien. Inwiefern die bevölkerungspolitische Praxis in den Kolonien das Handeln dieser Funktionäre und Verwaltungsbeamten im besetzten Osteuropa geprägt habe, lasse sich indes nicht derart einfach eruieren. Das Fortwirken kolonialer Bevölkerungspolitik wie auch personelle Kontinuitäten von der Kolonialzeit zum Nationalsozialismus müssten auf empirischer Basis weiter untersucht werden. In diesem Zusammenhang hätte Weitz auf die Deportationspraxis der deutschen Kolonialbehörden in Berlin und Windhoek hinweisen können. Denn dass zwischen Plänen, überlebende Herero nach Papua-Neuguinea oder Nama nach Kamerun zu deportieren und dem berüchtigten Madagaskarplan der Nationalsozialisten ein Zusammenhang besteht, ist kaum von der Hand zu weisen. Es hätte zudem bewiesen, dass die Verbindungen zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus doch enger und konkreter sind, als gemeinhin angenommen wird.

Den Kontinuitäten vom Völkermord an den Herero und Nama zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik war auch der Vortrag »Racial Homogeneity as a Concept« von *Dan Stone* (London) gewidmet. Bereits während des Kolonialkriegs von 1904-07 sei von deutscher Seite beabsichtigt worden, in Südwestafrika, das ursprünglich als Siedlerkolonie konzipiert war, eine »rassische Homogenisierung« durchzuführen. Als Belege führte Stone entsprechende Zitate der Generale von Trotha und von Schlieffen an, die den Krieg gegen die Herero in sozialdarwinistischer Manier als »Rassenkampf« auffassten. Der durch die koloniale Erfahrung geformte Rassismus und das damit verbundene Konzept einer »rassischen Homogenität« lebten nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft in Übersee in Deutschland fort. Stone vermutete, die Radikalisierung dieses Konzepts und seine Ausweitung auf das »Mutterland« durch die Nationalsozialisten könnten eine Folge des Verlusts des Kolonialreichs und der verbreiteten Kolonialnostalgie der Weimarer Zeit gewesen sein. Dan Stone mahnte jedoch, die Kontinuitätslinie von der deutschen Kolonialherrschaft zum Nationalsozialismus dürfe nicht überstrapaziert werden, zumal der Erlösungsantisemitismus Hitlers eine metaphysische Qualität erlangt hatte und sich so vom Rassismus deutscher Anthropologen aus der Kolonialzeit abheben würde.

Überaus innovativ war *Jan-Bart Gewalds* (Leiden) Beitrag zur Kontinuitätsfrage mit dem Titel »Learning to Wage and Win Wars in Africa: A Provisional History of German Military Activity in Congo, Tanzania, China and Namibia«. Gewald analysierte nicht die Verbindungen zwischen dem Völkermord an den Herero und dem Holocaust, sondern legte dar, wie die Erfahrung aus Kolonialkriegen vor 1904 zur Radikalisierung der deutschen Kriegsführung in Namibia beigetragen hatte. So standen deutsche Offiziere wie beispielsweise Paul Pogge, Hermann Wissmann und Curt von François in Diensten des belgischen Königs Leopold II. und beteiligten sich an der gewaltsamen Eroberung von dessen »Kongo-Freistaat«. Im Kongo lernten Deutsche - so die These Jan-Bart Gewalds - indigenen Widerstand mit grenzenloser Brutalität und einer Strategie der verbrannten Erde niederzuschlagen. Diese Erfahrungen resultierten in Anschauungen über den Umgang mit Afrikanern wie beispielsweise derjenigen von Lothar von Trotha: »Meine genaue Kenntnis so vieler Zentral-Afrikanischer Stämme, Bantu und Anderer, hat mir überall die überzeugende Notwendigkeit vorgeführt, dass sich der Neger keinem Vertrag, sondern nur der rohen Gewalt beugt.«[9]

Bei einem derartigen beziehungs geschichtlichen Ansatz besteht die Gefahr, in die Sonderwegsfalle zu tappen. Dieser Sackgasse ging Gewald aus dem Weg, indem er ein weiteres eindrückliches Fallbeispiel aufführte, um seine These zu untermauern, dass das Führen von Vernichtungskriegen und entfesselte Brutalität gegenüber Nichtkombattanten jeweils aus der Erfahrung von früheren Kolonialkriegen resultiert habe: Im Oktober 1900 verübten US-amerikanische Soldaten, die zuvor an der Niederschlagung des sogenannten »Boxer-Aufstands« in China beteiligt gewesen waren, nach ihrer Versetzung auf die Philippinen Massaker an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen. Wie genau jedoch eine derartige Radikalisierung in den Köpfen einzelner Soldaten abläuft, vermögen Historiker alleine nicht zu beantworten. Hierfür wären insbesondere sozialpsychologische Forschungen nötig.

Why Do People Become Killers?

Die Motivationsproblematik, das heisst die Frage, wie »normale« Menschen zu Akteuren von Gewaltexzessen mobilisiert werden können, ist denn auch ein wichtiges Feld der Genozidforschung. Zwei Referenten befassten sich mit der Motivation von Genozidtätern. In »Creating Consistency. On the Logic of Racism« meinte *Christian Geulen* (Koblenz), sozialpsychologische Ansätze zur Analyse des Verhaltens von Massenmördern seien durchaus aufschlussreich, gleichzeitig aber auch zu allgemein und ahistorisch. Geulens Ausführungen bezogen sich auf das Phänomen Rassismus, wobei der Referent auch gleich einräumte, dass nicht monokausal von rassistischen Utopien auf ihre blutige Umsetzung geschlossen werden dürfe. Die Wechselwirkungen zwischen rassistischer Ideologie und Völkermord seien sehr viel komplexer. Sozialdarwinistische Vorstellungen vom »survival of the fittest« seien allerdings auch keine nachträglichen Legitimationsversuche des eigenen mörderischen Tuns, vielmehr würden genozidale Taten einen Versuch darstellen, die Realität mit einem rassistischen Weltbild in Einklang zu bringen. Diese These veranschaulichte Geulen am Beispiel von Carl Peters. Die Vernichtung der indigenen Bevölkerung Amerikas und Australiens durch die europäische Kolonisation habe den »Eroberer« Ostafrikas im Glauben bestärkt, Instrument eines natürlichen Prozesses zu sein, der die Auslöschung der aus seiner Sicht »rassistisch minderwertigen« Afrikaner zwangsläufig vorsehen würde.

Einen andern Ansatz wählte *Mark Levene* (Southampton) in seinem Vortrag »Creating Killers out of Victims«. Levene legte dar, dass Opfer von Vertreibung und Gewaltexzessen mitunter selbst zu Genozidtätern mutierten. Illustriert wurde diese Aussage eindrücklich anhand dreier Fallbeispiele: Die Ermordung der indigenen Bevölkerung in der Region der Grossen Seen in Nordamerika im 18. Jahrhundert durch schottisch-irische Siedler, die ihrerseits Europa hatten verlassen müssen und in den Neuengland-Kolonien aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert worden waren; die Beteiligung von aus Russland vertriebenen Tscherkessen an den antiarmenischen Massakern der 1890er Jahre im Osmanischen Reich und die Rolle von aus Burundi geflüchteten Hutu beim Völkermord an den Tutsi Rwandas. In allen drei Fällen hob Levene die Rolle des

Nationalstaates bei der Integration dieser Flüchtlingsgruppen hervor und zeigte auf, wie diese im Rahmen einer Nationalstaatsbildung instrumentalisiert und als Werkzeug zur Eliminierung »innerer Feinde«, für die es aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Identität im neuen Staat keinen Platz gab, missbraucht wurden. Durch die Ermordung von Indianern, Armeniern und Tutsi sicherten sich laut Mark Levene Schotten/Iren, Tscherkessen und Hutu ihre Existenz in jeweils jungen oder noch zu bildenden Nationalstaaten. Mit seiner Kritik an der globalen Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips, das in ehemaligen europäischen Siedlerkolonien in die Vernichtung der indigenen Bevölkerungen mündete und heutzutage in weiten Teilen der sogenannten Dritten Welt Krieg, Vertreibung und Völkermord nach sich zieht, entsprach Levene der Forderung von A. Dirk Moses, das Weltsystem zum Referenzrahmen einer kritischen Genozidforschung zu machen. Wie im Anschluss an Mark Levenes fesselnden Vortrag kritisch angemerkt wurde, stellt sich einzig die Frage, ob im Falle von Nordamerika im 18. Jahrhundert und vom Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts bereits von einer fortgeschrittenen Nationalstaatsbildung gesprochen werden kann.

Das Verhalten sowie die Motivation »normaler« Frauen und Männer, sich an kollektiver Gewalt zu beteiligen, können indes weder über die Analyse von rassistischen Weltbildern noch über die These von der Instrumentalisierung durch einen Staat hinreichend erklärt werden. Die jüngere Holocaustforschung hat deutlich aufgezeigt, dass der Mord an den europäischen Juden nicht bloss eine Vernichtung um der Vernichtung willen war. Ausschlaggebend für die Inangangsetzung des Vernichtungsprozesses war nicht zuletzt eine angestrebte Neuverteilung von Ressourcen und Finanzmitteln. Der Raubgedanke bestimmte das Handeln der Täter entscheidend. Dasselbe gilt weitgehend für die Vertreibung und Ermordung der anatolischen Armenier während des Ersten Weltkriegs, die Christian Gerlach unlängst zutreffend als »Massenraubmord« bezeichnet hat.[10] Materielle und weitere situative Faktoren werden in den sogenannten »perpetrator studies« mittlerweile gebührend beachtet. Im Panel »Why Do People Become Killers?« der Berliner Genozidkonferenz kam dieser Aspekt jedoch zu kurz.

Genozid und Staat

Genozid gilt gemeinhin als ein von Staaten verübtes Verbrechen.[11] Die Vernichtung von indigenen Gesellschaften durch Siedler, die sich der Kontrolle eines Staatsapparats zuweilen entziehen, könnte somit nicht als Völkermord bezeichnet werden. Um einer derartigen Einschränkung des Genozidbegriffs zu entgehen, hielt die Soziologin Helen Fein in ihrer einflussreichen Genoziddefinition fest: »The perpetrator may represent the state of a victim, another state or another collectivity.«[12] Dem Verhältnis von Staat und Genozid war an der Berliner Genozidkonferenz ein eigenes Panel gewidmet.

Michael Geyer (Chicago) wandte sich in seinem Vortrag »War and Genocide: The European Theater in World War II« zunächst gegen eine inflationäre Verwendung des Begriffs »Genozid« und sprach sich für eine klare Unterscheidung zwischen »mass killing« und »mass murder« aus. Anschliessend skizzierte Geyer anschaulich den durch entfesselte Gewalt charakterisierten Kontext des nationalsozialistischen Judenmords während des Zweiten Weltkriegs in Europa. Dieses Ausmass an Gewalt führte der Referent auf die Fähigkeit moderner Staaten zurück, sämtliche Kräfte für die Kriegsanstrengungen zu mobilisieren. Im Rahmen dieses »totalen Krieges« sei die Zivilbevölkerung aber auch stärker als jemals zuvor von gegnerischen Übergriffen tangiert worden. Als »genocidal condition« des 20. Jahrhunderts machte Geyer einerseits die eben erwähnte Fähigkeit moderner Staaten zur totalen Mobilisierung wie ihre absolute Bereitschaft, utopisch anmutende bevölkerungspolitische Projekte um jeden Preis zu realisieren, aus; wie aber auch die gleichzeitige Unfähigkeit derartiger Staaten, eine dauerhafte und legitime Herrschaft zu errichten und zu sichern.

In »Bureaucracy and Genocide« ging *Donald Bloxham* (Edinburgh) der Frage nach, ob die Bürokratien moderner Staaten - wie dies beispielsweise vom Soziologen Zygmunt Bauman suggeriert wird - nicht nur tatkräftig in Vernichtungsprozesse involviert gewesen seien, sondern diese vielmehr regelrecht initiiert hätten. Bloxham erläuterte, eine derartige Auffassung resultiere aus einer Reduzierung des nationalsozialistischen

Judenmords auf Auschwitz, das den industrialisierten und unpersönlichen Massenmord, der von »Schreibtischtätern« wie Adolf Eichmann aus sicherer Distanz angeordnet worden sei, symbolisiere. Das mörderische Tun der Einsatzgruppen und Polizei-Reserve-Einheiten sei in der kollektiven Erinnerung weniger stark präsent. Als eigenständige hermeneutische Kategorie würde der »bürokratische Genozid« nicht taugen. Überzeugend legte Bloxham dar, dass etwa die deutsche Bürokratie während des Zweiten Weltkriegs nicht neutral oder wertfrei, sondern mit dem nationalsozialistischen Parteiapparat verschmolzen gewesen sei. Auch die Rolle der osmanischen Bürokratie im Völkermord an den Armeniern streifte Bloxham in diesem Zusammenhang. Der staatliche Einfluss in den Ostprovinzen des Osmanischen Reiches sei noch während des Ersten Weltkriegs eher gering gewesen und werde von vielen Historikern überschätzt. Den Mord an den Armeniern hätten insbesondere jungtürkische Parteifunktionäre koordiniert. Obgleich die Vernichtung der Armenier nicht massgeblich von der osmanischen Bürokratie gelenkt worden ist, erachtete Bloxham dieses Ereignis als durchweg modern.

Erinnerungspolitik und Identität

Zahlreiche Gesellschaften tun sich schwer mit der Tatsache, dass das Fundament ihres Staates auf einem Völkermord oder der Vertreibung anderer ethnischen oder religiösen Gruppen beruht. In Australien beispielsweise tobt ein intensiver Historikerstreit über die erzwungene Assimilierung der Aborigines; die Türkei verneint noch immer, dass die Armenier Opfer eines Genozids geworden sind. Leugnung oder Relativierung des Schicksals einer Opfergruppe sind in vielen Fällen integraler Bestandteil eines Völkermords. Aus diesem Grund haben sich Genozidforscher mit Erinnerungspolitik und Formen des Erinnerns auseinandergesetzt. In seinem Vortrag »Use and Abuse of Memory and History« stellte *Henning Melber* (Uppsala) dar, wie sehr die Erinnerung an den Völkermord von 1904 mit aktueller namibischer Politik verknüpft ist und instrumentalisiert wird. Während Vertreter der Herero beanspruchen, als alleinige Opfer der deutschen Kolonialherrschaft exklusiven Anspruch auf Entschädigungszahlungen zu haben, betont die von Ovambo dominierte SWAPO (South West Africa People's Organisation) ihre Rolle im Unabhängigkeitskrieg gegen die südafrikanische Streitmacht und versucht, die Bedeutung des Widerstands der Herero und Nama gegen die deutschen Kolonialherren zu schmälern. Die hauptsächlich aus SWAPO-Vertretern zusammengesetzte namibische Regierung verhielt sich während der Erinnerungsfeiern im Jahr 2004 denn auch überaus passiv und unterstützt die Sammelklage der Herero gegen deutsche Unternehmen und die Bundesrepublik nicht.

Wie kann die Forschung zur Prävention von Völkermorden beitragen? Das Suchen nach adäquaten Formen des Erinnerns und eine zu fördernde Sensibilisierung im Schulunterricht sind bedeutend. In »Memories of Genocide and the Development of Collective Moral Identities« präsentierte *Harold Marcuse* (Santa Barbara/Kalifornien) in Anlehnung an Jürgen Habermas ein dreistufiges Modell kollektiver moralischer Identitäten: Präkonventionelle Moral (»what is right is what meets one's own interests and needs«), konventionelle Moral (»being able to see from one's own collectivity's overall perspective«), postkonventionelle Moral (»understanding that most values and rules are relative to one's group«). Im Hinblick auf die Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit müsse der Unterricht über Völkermorde dazu beitragen, dass Gesellschaften die letzte Stufe der Entwicklung von moralischer Identität erreichen können.

Perspektiven der Genozidforschung

Die Frage nach den Möglichkeiten der Genozidforschung, einen Beitrag zur Prävention zu leisten, wurde an der Schlussdiskussion kontrovers diskutiert. Die DiskussionsteilnehmerInnen konnten sich nicht einigen, ob und wie viel politisches Engagement der Genozidforschung zuträglich ist. Bereits in seinem Vortrag »The History of Genocide Today« hatte *Frank Chalk* angeregt, Genozidforscher müssten verstärkt darauf hinarbeiten, Politikern und einer breiten Öffentlichkeit die Augen zu öffnen, welche Auswirkungen das

Abseitsstehen der westlichen Welt bei eklatanten Menschenrechtsverstößen wie im Falle von Rwanda haben könne. *Christian Gerlach* (Pittsburgh) hingegen brüskierte das Plenum mit der Aussage, dass das Genozidkonzept nur über einen sehr geringen wissenschaftlichen Wert verfüge, zumal der Begriff politisch instrumentalisiert und inflationär verwendet werde. Eine weitere Schwäche sei das Fehlen einer anwendbaren und anerkannten Definition. Darauf entgegnete *Jacques Semelin* (Paris) allerdings überzeugend, dass auch keine Einigkeit herrsche, wie genau die Begriffe »Revolution« oder »Globalisierung« zu definieren seien und dass dennoch niemand die Verwendung dieser Termini in Frage stelle. Überdies merkte Gerlach an, die vorbehaltlose Verwendung des Begriffs »Genozid« sei nicht zuletzt deshalb problematisch, weil das dem Begriff zugrunde liegende Konzept ein juristisches sei und als solches den Vorsatz und die Intention der Täter stark betone. Die Realität hingegen sei weitaus komplexer. Die Ermordung ganzer Völker werde zumeist nicht Jahre voraus an konspirativen Sitzungen geplant, sondern unterliege situativen Radikalisierungsstufen. Gerlachs Ablehnung des Genozidbegriffs mag provokativ erscheinen. Doch eine kritische Reflexion des von Raphael Lemkin geschaffenen Begriffs ist notwendig. Es bleibt zu hoffen, dass Christian Gerlachs Anmerkungen zu einer fruchtbaren Debatte anregen wird. Die einzelnen Konferenzbeiträge und die daraus hervorgegangenen gehaltvollen Diskussionen über Methoden und Ziele der Genozidforschung werden jedenfalls noch lange nachwirken und die zukünftige Entwicklung dieser Disziplin nachhaltig prägen. Ein weiteres Verdienst der von Jürgen Zimmerer, Jan-Bart Gewald und Andreas Eckert organisierten Tagung besteht darin, den lange vergessenen und verdrängten Völkermord an den Herero und Nama angemessen in die Globalgeschichte des Genozids integriert zu haben. Dafür gebührt den Veranstaltern Anerkennung und Lob.

Im Rahmen der Tagung erfolgte zudem ein weiterer wichtiger Schritt in der Etablierung der Genozidforschung: die Gründung des „European Network of Genocide Scholars“ [ENOGS]. Während die Genozidforschung in den Vereinigten Staaten seit den 1990er Jahren als akademische Disziplin weitgehend akzeptiert ist, steckt sie in den meisten europäischen Ländern noch immer in den Anfängen. Mit einem Netzwerk für Genozidforschende wird der wissenschaftliche Austausch zwischen Forschenden und Institutionen auf internationaler Ebene gefördert. Das Netzwerk wendet sich an Forschende inner- und ausserhalb Europas aus allen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit kollektiver Gewalt befassen. Eine Internetseite, die als Plattform für Ankündigungen und Diskussionen dienen wird, ist in Vorbereitung. Das „Journal of Genocide Research“ fungiert als offizielles Publikationsorgan von ENOGS. Zum Gründungspräsidenten wurde Jürgen Zimmerer gewählt (Essen), dem Henning Melber (Uppsala) als Stellvertreter, sowie Dominik J. Schaller als Geschäftsführer und Jan-Bart Gewald als dessen Vize zur Seite stehen. Weitere Informationen können über enogs@bluewin.ch angefordert werden.

Dominik J. Schaller (Zürich)

Anmerkungen:

[1] Drechsler, Horst, Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus 1884-1915, Berlin (DDR) 1966. Bley, Helmut, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894-1914, Hamburg 1968.

[2] So etwa Zimmerer, Jürgen, Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia, Hamburg 2001.

[3] Vgl. Gewald, Jan-Bart, Herero Heroes. A Socio-Political History of the Herero of Namibia 1890-1923, Oxford 1999. Krüger, Gesine, Kriegsbewältigung und Geschichtsbewusstsein. Realität, Deutung und Verarbeitung des deutschen Kolonialkriegs in Namibia 1904 bis 1907.

[4] Grundlegend sind Zimmerer, Jürgen, »Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedankens«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003) 12, S. 1098-1119. Ders., »Die Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus. Ein postkolonialer Blick auf die NS-Eroberungs-

und Vernichtungspolitik«, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für die historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1 2004, S. 10-43.

[5] Melber, Henning, »Kontinuitäten totaler Herrschaft: Völkermord und Apartheid in ›Deutsch-Südwestafrika«. Zur kolonialen Herrschaftspraxis im Deutschen Kaiserreich«, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 91-114, hier: S. 108.

[6] Ein Teil der Rede ist abgedruckt in: Deutsches Historisches Museum (Hg.), Namibia-Deutschland. Eine geteilte Geschichte. Widerstand. Gewalt. Erinnerung, Berlin 2004, S. 15.

[7] Zu den unveröffentlichten Schriften Lemkins über die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika siehe Schaller, Dominik J. , »Kolonialkrieg, Völkermord und Zwangsarbeit in ›Deutsch-Südwestafrika«, in: Ders., e. a. (Hg), Enteignet-Vertrieben-Ermordet. Beiträge zur Genozidforschung, Zürich 2004, S. 147-232, hier: S. 195-200.

[8] Naimark, Norman, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004.

[9] Bundesarchiv Berlin Lichterfelde, Bestand Reichskolonialamt (R 1001), 2089: Differenzen zwischen Generalleutnant v. Trotha und Gouverneur Leutwein über das Verhältnis von militärischen und politischen Massnahmen zur Beendigung des Krieges, Blatt 5: Schreiben Lothar von Trothas an den Chef des Generalstabs Schlieffen vom 4. Oktober 1904.

[10] Gerlach, Christian, »Nationsbildung im Krieg: Wirtschaftliche Faktoren bei der Vernichtung der Armenier und beim Mord an den ungarischen Juden«, in: Kieser, Hans-Lukas u. Schaller, Dominik J. (Hg.), Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah, Zürich 2002, S. 347-422, hier: S. 399.

[11] So etwa bei Horowitz, Irving Louis, Taking Lives: Genocide and State Power, New Brunswick 1980, S. 183-187.

[12] Zitiert nach Chalk, Frank u. Jonassohn, Kurt, »The Conceptual Framework«, in: Dies. (Hg.), The History and Sociology of Genocide. Analyses and Case Studies, New Haven 1990, S. 3-43, hier: S. 16.

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.018
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/018-05.pdf>